

SCHWEIZER FREISINN

Wir machen die Schweiz stark!



Anpacken für die Schweiz

Neues Co-Präsidium für die FDP: Susanne und Benjamin

Neues Co-Präsidium

Ein Porträt der neuen Parteispitze

Seiten 4–5

Tourismus in der Schweiz

Herausforderungen und Lösungen
unserer Ortsparteien

Seiten 16–17

Delegiertenversammlung vom 18. Oktober 2025

Ein Blick hinter die Kulissen

Seiten 19–21

Bild: André Springer



Mit voller Energie

für den Erfolg unserer Partei und unseres Landes

Liebe Freisinnige

Heute dürfen wir zum ersten Mal in diesem Editorial das Wort an Sie richten. Die Wahl ins Co-Präsidium unserer Partei erfüllt uns mit Freude und Ehre – und mit Respekt angesichts der grossen Verantwortung. Dank unserem Vorgänger Thierry Burkart dürfen wir auf eine äusserst solide Grundlage bauen. Herzlichen Dank, lieber Thierry, für deinen riesigen Einsatz und dein Herzblut zum Wohle der FDP! Wir arbeiten mit voller Energie weiter für den Erfolg unserer Partei und vor allem unseres Landes. Konsequenterweise entlang der liberalen Grundsätze: Freiheit und Verantwortung, Gemeinsinn und Fortschritt.

Es sind diese freiheitlichen Werte, die unser Land zu seinem unvergleichlich hohen Wohlstand verholfen haben. Dieser Wohlstand entstand durch Arbeit, nicht durch Umverteilung. Er entstand durch einen schlanken Staat, tiefe Steuern und wenig Bürokratie. Leider ist das Erfolgsmodell immer stärker bedroht. Von jenen, die Lohn ohne Leistung versprechen. Und von anderen, die Abschottung zelebrieren.

Juso-Enteignungsinitiative: Jetzt gilt es ernst!

Nehmen wir das Beispiel Juso-Erbschaftsinitiative: Sie fordert eine Erbschaftssteuer von 50 Prozent ab

einem Betrag von 50 Millionen. Ohne Ausnahmen. Ein Ja hierzu würde die erfolgreichsten Unternehmerinnen und Unternehmer sowie deren Betriebe aus dem Land vertreiben. Der Bundesrat rechnet mit Steuerausfällen von bis zu 3,7 Milliarden Franken pro Jahr. Die Folge wären Sparprogramme beim Service Public und neue Steuern. Und wer bezahlt die Zeche? Einmal mehr der hart arbeitende Mittelstand! Wir müssen uns mit aller Kraft gegen diesen linken Steuerhammer und Frontalangriff auf das nachhaltige Unternehmertum wehren!

Service-Citoyen-Initiative

Auch die Service-Citoyen-Initiative, die Ende November zur Abstimmung gelangt, gilt es zu bekämpfen. Wir lehnen das an sich gut gemeinte Anliegen aus drei Gründen ab: Erstens hat die personelle Alimentierung der Armee und des Zivilschutzes im Zentrum der Dienstpflicht zu stehen. Zweitens würde die Wirtschaft durch den Entzug unverhältnismässig vieler Arbeitskräfte übermässig belastet. Drittens würde die Freiwilligenarbeit entwertet und somit die Milizarbeit gefährdet. Dies dürfen wir – die wir uns konsequent für eigenverantwortliches Handeln starkmachen – nicht zulassen.

FDP feiert die Demokratie

Die FDP predigt die liberalen Werte nicht nur, sie lebt sie auch. Jüngster Beweis: Nach einer intensiven und im höchsten Masse freisinnig-demokratischen Debatte hat unsere Delegiertenversammlung ihre Leitlinie zu den Bilateralen Verträgen mit der EU gezogen. Eine deutliche Mehrheit sprach sich für ein positives Signal zuhause der bundesrätlichen Vernehmlassung aus. Die Forderung nach einem obligatorischen Referendum wurde knapp verworfen. Zudem erhielt die FDP-Fraktion den Auftrag, sich bei der innerstaatlichen Umsetzung der Verträge mit aller Kraft gegen Angriffe auf den liberalen Arbeitsmarkt und gegen die Einwanderung in unsere Sozialsysteme einzusetzen. Damit ist die FDP die bisher einzige Partei, die sich in einem offenen Dialog zu den Verträgen geäussert hat. Eine definitive Parolenfassung ist das allerdings noch nicht. In der Vernehmlassungsantwort werden Argumente der Minderheiten sorgfältig berücksichtigt. So geht gelebte Demokratie!

Ihre Susanne und Ihr Benjamin,
Co-Präsidium FDP.Die Liberalen Schweiz



**Stärkste Steuerzahler
vertreiben - du bezahlst.**

**Am 30. November
NEIN zur Juso-Initiative.**

juso-enteignungsinitiative.ch

FDP
Die Liberalen

Porträt Parteipräsidium

Bilder: Susanne Vincenz-Stauffacher



Im Porträt

Susanne Vincenz-Stauffacher, Co-Präsidentin

Susanne Vincenz-Stauffacher studierte an der HSG Rechtswissenschaften und ist als selbstständige Rechtsanwältin tätig. Zusätzlich ist sie Ombudsfrau Alter und Behinderung der Kantone St. Gallen, Appenzell Ausserrhoden und Appenzell Innerrhoden und wurde im Jahr 2023 zur Verwaltungsratspräsidentin von Konzert und Theater St. Gallen gewählt. Seit ihrer Wahl in den Nationalrat 2019 liegt der Hauptfokus ihrer Politik auf einer wirtschafts- und sozial- und finanzverträglichen Energie- und Umweltpolitik mit Schwerpunkt Versorgungssicherheit.

Als ehemalige Kantonsrätin kennt Susanne Vincenz-Stauffacher die Schweiz nicht nur aus der Perspektive der Bundespolitik, sondern auch aus jener der Kantone, Gemeinden und Bürgerinnen und Bürger, die tagtäglich Verantwortung übernehmen – sei es in der Wirtschaft, in der Gesellschaft oder im persönlichen Umfeld. Diese Bodenhaftung prägt ihren politischen Stil.

Als ehemalige Präsidentin der FDP Frauen Schweiz hat sie die Individualbesteuerung erfolgreich lanciert und vorangetrieben. Zudem ist sie Vorstandsmitglied des Wirtschaftsverbandes Swissecleantech, Stiftungsratspräsidentin von Sens eRecycling und seit 2023 Präsidentin von Hydrosuisse (Schweizerischer Wasserwirtschaftsverband). Die Abtwilerin ist begeisterte Jasserin und verbringt ihre Freizeit am liebsten mit ihrer Familie und der Hündin Luna in der Natur.

«Der Liberalismus ist aktueller denn je. Wir müssen ihn nicht neu erfinden, sondern selbstbewusst leben – mit Herz, mit Verstand und mit dem Mut, Verantwortung zu übernehmen.»

Susanne steht für eine FDP, die sich nicht versteckt, sondern selbstbewusst auftritt – mit klaren liberalen Positionen und einem offenen Ohr für die Bevölkerung. Ihr Ziel ist es, den liberalen Kompass weiter zu schärfen und die Partei als vernunftorientierte, verlässliche Kraft in der Schweizer Politik zu positionieren. «Ein besonderes Anliegen ist mir der Dialog: zwischen Jung und Alt, Stadt und Land, Frauen und Männern, Wirtschaft und Gesellschaft. Weil der Liberalismus dann am stärksten ist, wenn er zuhört, versteht und verbindet.»

Mit ihrer Art, Politik zu leben – verbindlich im Ton, klar in der Sache, offen im Denken – steht sie für eine moderne, zukunftsgerichtete FDP. Eine Partei, die sich nicht in kurzfristigen Trends verliert, sondern langfristig für die Werte eintritt, die unser Land stark gemacht haben: Eigeninitiative, Leistungsbereitschaft und Freiheit.

Bilder: Benjamin Mühlemann



Im Porträt

Benjamin Mühlemann, Co-Präsident



Benjamin Mühlemann vertritt seinen Heimatkanton Glarus seit 2023 im Ständerat. Bis zu seiner Wahl ins Bundesparlament war er während zehn Jahren Regierungsrat (zeitweise Landammann bzw. Regierungspräsident) und leitete innerhalb der Glarner Exekutive zunächst das Departement Bildung und Kultur, anschliessend das Departement Finanzen und Gesundheit. Seine Ausbildung genoss er an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) mit einem Studium Journalismus und Organisationskommunikation.

Beruflich ist Benjamin Mühlemann bei der Kommunikationsagentur IRF Reputation in Zürich als Strategie- und Kommunikationsberater tätig. Daneben engagiert er sich als Präsident von Ospita, dem schweizerischen Verband eigenständiger medizinischer Leistungserbringer, sowie im Hochschulrat der Ostschweizer Fachhochschule Ost.

Benjamin Mühlemann wohnt mit seiner Familie in Mollis im Glarner Unterland. Hier musiziert er in der örtlichen Musikgesellschaft und ist Mitglied des Rotary-Clubs. Mit den Glarner Bergen ist er besonders verbunden. Sie sind sein Rückzugs- und Kraftort, und in der Freizeit nutzt er jede Gelegenheit fürs Skifahren oder eine Mountainbike-Tour.

Benjamin ist tief überzeugt, dass sich Wirtschaft und Gesellschaft am besten entwickeln, wenn wir alle möglichst viel individuelle Freiheit geniessen und über ein Maximum an Handlungsspielräume verfügen. Er stammt aus einer Hand-

«Keine andere Partei bringt so breit und gut abgestützte Lösungen zustande wie die FDP. Keine andere Partei ist so sehr auf das Gemeinsame und auf den Fortschritt fokussiert wie die FDP. Das macht uns einzigartig.»

werkerfamilie, kennt deshalb die Herausforderungen der vielen tausend KMU unseres Landes bestens und verfolgt mit Nachdruck eine wirtschaftsliberale Politik. Zudem trägt er den Ruf eines äusserst hartnäckigen Finanzpolitikers: «Wohlstand haben wir nur dank florierender Wirtschaft und solider öffentlicher Finanzen. Wir müssen das Portemonnaie der Bevölkerung schonen und der Staat darf nicht auf Pump leben. Das wäre unfair gegenüber den künftigen Generationen.»

Die FDP möchte er nachhaltig stärken, ihre Themen wirkungsvoll platzieren und so die liberalen Werte klar und verständlich ins Land hinaustragen. «Keine andere Partei bringt so breit und gut abgestützte Lösungen zustande wie die FDP. Keine andere Partei ist so sehr auf das Gemeinsame und auf den Fortschritt fokussiert wie die FDP. Das macht uns einzigartig. Tragen wir diese Botschaft gemeinsam hinaus und übernehmen wir zusammen Verantwortung für eine freiheitliche und fortschrittliche Schweiz.»

Das FDP-Präsidentialjahr in Bildern

Unsere bewegenden Momente

Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter

Bild 1–4: Béatrice Devènes – Bundeskanzlei, Bild 5: Loey Felipe – United Nations Photo, Bild 6: Vatican Media



Freudige Überraschung nach meiner Wahl zur Bundespräsidentin: Im Bernerhof empfing mich mein Patenhund Zeus zusammen mit einem «Geschpännli» aus der Zucht der Fondation Barry. Diese Stiftung pflegt das Erbe des legendären Rettungshundes Barry vom Grossen-Sankt-Bernhard-Pass.



Ende Januar habe ich zusammen mit zwei Brüdern, die den Holocaust überlebt haben, den Gedenkanlass zur Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz vor 80 Jahren besucht. Diese Reise war mir sehr wichtig, denn was dort passiert ist, dürfen wir nie vergessen.



Zusammen mit Vjosa Osmani Sadriu, der Präsidentin von Kosovo, durfte ich auf dem Bundesplatz vielen glücklichen Menschen begegnen, die für diesen Staatsbesuch nach Bern gekommen waren. Beide würdigten wir die Bedeutung der grossen kosovarischen Diaspora in der Schweiz.



Anlässlich der traditionellen «Schulreise» des Bundesrats führte ich das Kollegium in meinen Heimatkanton St. Gallen und dort u. a. in den Kinderzoo in Rapperswil-Jona. Ein Besuch bei den Elefanten durfte natürlich nicht fehlen.



In meiner Rede an der UNO-Generalversammlung erinnerte ich daran, dass jede starke internationale Organisation starke Mitglieder braucht – Staaten, die in der Lage sind, für ihre Bürgerinnen und Bürger einen sicheren Raum zu schaffen, in dem sie sich frei entfalten und vor allem auch frei ausdrücken können.



Nach dem Tod von Papst Franziskus hatte ich schon zweimal die Gelegenheit, seinen Nachfolger Leo XIV. zu treffen: kurz bei seiner Amtseinführung und zu einem längeren Gespräch Anfang Oktober. Wir haben uns insbesondere über die Bedeutung von Werten in der heutigen Gesellschaft ausgetauscht.

Nationalratspräsidentin Maja Riniker

Bilder: Maja Riniker



Meine mir wichtigste persönliche Zielvorgabe habe ich erreicht: faire, gute und (fast) fehlerfreie Leitung des Rates.



Zu den Höhepunkten in meinem Präsidentialjahr gehören die zahlreichen Traditionsanlässe, die ich besuchen durfte, quer durch das ganze Land.



An der Weltkonferenz der Parlamentspräsidenten von Ende Juli in Genf durfte ich die Kernanliegen der Woman Speaker Conference vorstellen.



Am 21. Juni überbrachte ich Blatten die Solidarität der Bundesversammlung – die Zerstörung und Schicksale vor Ort haben mich tief berührt.



Als ich am 18. Juni vergessen hatte, eine Abstimmung durchzuführen, habe ich meinen Kolleginnen und Kollegen 63 Glacen spendiert. Alle haben gelacht, geklatscht und sich über die Abkühlung an diesem heissen Sommertag gefreut.



Das Kondolenzbuch für Fredi Heer war meine Idee und wurde rege genutzt. Beim Abschied im Rat war die Trauer spürbar, es war still... und irgendwann musste ich sagen, dass das Parlament wieder zur Arbeit übergehen muss. Eine solche Situation kann man nicht im Voraus lernen.

Ständeratspräsident Andrea Caroni

Bilder: Andrea Caroni



Es gab bislang 16 Ausserrhoder (Alt-)Ständeräte. Das Bild zeigt die drei noch lebenden. Nur zwei davon wurden Ständeratspräsident, der dritte zum Trost immerhin Bundesrat. Übrigens: Lustigerweise habe ich für beide anderen (Merz und Altherr) einmal gearbeitet.



Zu meiner Wahl rappte Bligg zusammen mit der Streichmusik Alder. Zum ersten Mal ertönte damit meine Lieblingsmusik, der Hip-Hop, im Saal. Wegen unflätiger Textpassagen konnten sie allerdings den Hit «10 chliini Appezeller» nicht aufführen.



Zum ersten Mal seit rund 90 Jahren besetzt die FDP wieder alle vier eidgenössischen Präsidien. Das feierten wir in einem konspirativen Treffen im äusseren Stand, wo 1848 die Bundesverfassung geschrieben wurde.



Auch als Captain des TC-Bundeshaus konnte ich sportlich mit Shaqiri nicht mithalten.



An der Weltausstellung in Osaka erlebten wir viel Eindrückliches. Wir verschmachteten aber auch fast in der brütenden Hitze, obwohl wir nicht einmal ordentlich anstehen mussten.



Der Besuch beim Papst war sicher ein Höhepunkt des Jahres. Allerdings dauerte er nur zirka zwei Minuten, und das Foto musste man dann für 10 Franken kaufen...

Für eine sichere Schweiz

Blinde Fahndung? Nicht mit uns!

Kaum zu fassen: Das Bundesamt für Polizei (Fedpol) will künftig auf die Erfassung der Hautfarbe bei Fahndungen verzichten. Mit anderen Worten – Polizistinnen und Polizisten wird ein objektives Merkmal weggenommen, das ihnen hilft, Täter und Kriminelle zu fassen. Die FDP. Die Liberalen sagen klar: **Blinde Fahndung? Nicht mit uns!**

Unsere Sicherheitskräfte leisten Tag für Tag einen anspruchsvollen Dienst für die Gesellschaft. Sie verdienen Vertrauen und Unterstützung statt ideologischer Scheuklappen. Wer ihnen wesentliche Werkzeuge der Ermittlungsarbeit aus der Hand schlägt, handelt verantwortungslos und spielt dabei mit der Sicherheit unserer Bevölkerung.

Zeitgleich zu diesem gefährlichen Entscheid von Bundesrat Beat Jans nimmt die Kriminalität in den Schweizer Grossstädten stetig zu.

Die Waadtländer Nationalrätin Jacqueline de Quattro kennt die Herausforderungen der Sicherheitsarbeit aus erster Hand. Als ehemalige Polizeidirektorin weiss sie, wie sehr sich die Lage verändert hat. Im Interview mit der «Schweizer Illustrierten» warnte sie kürzlich: «Immer weniger können wir uns sicher fühlen. Wir haben uns lange in Sicherheit gewiegt – als kleines Land mit einer friedlichen Bevölkerung. Doch diese Zeiten sind vorbei.»

Plante man noch vor einigen Jahren einen Städte-trip nach Paris oder London, wurde man bereits Wochen vor der Reise gewarnt, gewisse Stadtteile zu meiden. Für viele Schweizerinnen und Schweizer war dies eine fremde Vorstellung. Doch was einst eine ungewohnte «Ferienerfahrung» war, ist heute für viele von uns die Realität: **Ist man allein nach Einbruch der Dunkelheit unterwegs, meidet man die Zürcher Langstrasse, hofft darauf, nicht am Bahnhof Olten umsteigen zu müssen, und umgeht bewusst gewisse Quartiere in Lausanne.**

So kann es nicht weitergehen: Die innere Sicherheit muss verstärkt in den Fokus der Politik rücken. Gefragt ist Vernunft, nicht Ideologie. Und genau dafür setzt sich die FDP ein. Der Staat soll dort handeln und handeln können, wo er muss – **und die Polizei soll das tun dürfen, wofür sie ausgebildet ist: schützen, ermitteln, handeln.**



Wer aus Angst vor falscher Symbolik auf klare Beschreibungen verzichtet, läuft Gefahr, das Vertrauen der Bevölkerung zu verspielen. Eine verantwortungsvolle Politik muss den Mut haben, Missstände zu benennen, statt Realitäten zu verdrängen.

Ein Aufruf an alle Bürgerinnen und Bürger

Mit unserer Petition «Blinde Fahndung? Nicht mit uns!» setzen wir ein deutliches Zeichen gegen eine Sicherheitspolitik, die den Blick abwendet. Es geht nicht um Hautfarbe – es geht um Klarheit. Nicht um Ideologie, sondern um Effektivität und den Schutz unserer Bevölkerung.

Sicherheit ist keine Selbstverständlichkeit, sondern eine gemeinsame Aufgabe. Sie verlangt Augenmass, Verantwortung und den Mut, den Dingen ins Auge zu sehen – auch dann, wenn es unbequem ist.




 Für eine Schweiz, die hinschaut statt wegschaut. Jetzt Petition unterschreiben und mit deinem Netzwerk teilen!

Bild: Kampagnen FDP.Die Liberalen Schweiz, mithilfe von KI erstellt



NEIN zur gefährlichen Chaosinitiative

Ein direkter Angriff auf unsere Landwirtschaft

Die von der SVP lancierte «Chaosinitiative» würde Bauernhöfe in der Schweiz in eine existenzielle Krise stürzen. Schon heute sind 20'000 bis 25'000 Saisonarbeiterinnen und Saisonarbeiter unverzichtbar: Sie stechen Spargel, pflücken Erdbeeren, ernten Trauben. Ohne sie verrotten Ernten, Reben werden nicht gepflegt und ganze Erntesaisons stehen auf der Kippe. Für viele Betriebe sind diese Arbeitskräfte kein Luxus, sondern die Bedingung fürs Überleben.

Die Initiative zielt auf die Kündigung der Personenfreizügigkeit, mit einer Guillotine, die das ganze bilaterale Vertragswerk treffen würde. Für die Landwirtschaft hätte das fatale Folgen: Kurzfristig fehlt die Erntehelferschar, mittelfristig brechen Lieferketten und Exportmöglichkeiten ein, langfristig verschwinden Betriebe vom Markt. Die Folge: weniger heimische Produktion, höhere Ladenpreise und eine gefährdete Versorgungssicherheit.

Auch die Fleisch- und Verarbeitungsbetriebe sind betroffen. Viele Metzgereien und Schlachtbetriebe sind auf Fachkräfte und Hilfskräfte aus dem Ausland angewiesen. Fehlen sie, kann die Verarbeitung nicht mehr in gewohntem Umfang stattfinden. Bauern stehen vor der Wahl, Tiere nicht mehr zu schlachten oder ihre Produktion drastisch zu drosseln. Das trifft die Preise, die Qualität und die Existenz der Höfe.

Die Guillotine ist bürokratisch und kalt. Die Initiative nennt keine praktikablen Übergangsmodelle, keine Lösungen für fehlende Saisonkräfte, keine fairen Kompensationen für Kleinbetriebe. Statt pragmatischer, sektoraler Steuerung droht ein kontingentiertes Chaos, in dem die Landwirtschaft oft das Nachsehen hat, weil sie saisonale, flexible Arbeitskräfte

braucht, die der Markt national nicht in dieser Zahl bereitstellt.

Die Folgen gehen weit über den Hof hinaus: Regionale Landschaftspflege leidet, wenn Reben nicht mehr gelesen und Felder nicht mehr gepflegt werden. Touristische Regionen, die von gepflegten Kulturlandschaften leben, verlieren Attraktivität. Lebensmittelimporte nehmen zu, mit höheren Kosten und Abhängigkeiten. Die Nahrungssicherheit der Schweiz würde geschwächt, gerade in geopolitisch unsicheren Zeiten ein unverantwortliches Risiko.

Praktische Beispiele zeigen das Risiko: In Obst und Gemüseanbaugebieten wie der Ostschweiz oder an den Rebhängen des Lavaux sind saisonale Teams essenziell. Ohne sie wären Spargelfelder, Erdbeerplantagen und Reben nicht erntebereit. Das ist keine abstrakte Gefahr, sondern eine konkrete Bedrohung der Existenz vieler Familienbetriebe.

Die FDP steht für eine liberale, verantwortungsvolle Zuwanderungspolitik, die Nachfrage und Versorgungssicherheit sichert. Die Antwort auf Herausforderungen darf nicht sein, die Türen zuzuschlagen. Statt die bewährten bilateralen Grundlagen wegzuerwerfen, braucht es zielgerichtete Reformen: effizien-

tere Arbeitskräftevermittlung, erleichterte temporäre Bewilligungen für saisonale Arbeit, Kooperation mit Nachbarstaaten und pragmatische Anerkennung von Qualifikationen. So schützen wir die Höfe, die Landschaft und die Lebensmittelversorgung.

Die Chaosinitiative ist ein Irrweg. Sie setzt auf Symbolpolitik statt auf Lösungen und riskiert, dass Schweizer Bauern zusehen müssen, wie ihre Ernten verrotten. Das darf nicht passieren. Für unsere Höfe, unsere Ernährungssicherheit und unsere ländlichen Regionen: NEIN zur Chaosinitiative. Schützen wir unsere Bauern, sie gewährleisten die Produktion von wichtigen Produkten wie Kartoffeln zu rund 79 Prozent und Obst zu rund 75 Prozent inländisch.



Sandra Oeschger,
Wissenschaftliche Mitarbeiterin

Bild: PhotoTalk



Thailands Wirtschaft im Wandel

Die Auswirkungen der «Thailand 4.0»-Strategie
und die Lehren für die Schweiz

Ein Wirtschaftsabschwung zwang Thailand, sich auf Schlüsselindustrien, Digitalisierung und Bildung zu konzentrieren. Was sind die Auswirkungen der «Thailand 4.0»-Strategie und was kann die Schweiz davon lernen?

Wer an Thailand denkt, dem kommen Elefanten, Strände und Rucksacktouristen in den Sinn. Doch das Wirtschaftssystem des südostasiatischen Landes ist komplexer, als es der Reiseprospekt vermuten lässt.

Middle Income Trap

Mitte des letzten Jahrzehnts sah sich Thailand mit einem Wirtschaftsabschwung konfrontiert. Das BIP pro Kopf sank in zwei aufeinanderfolgenden Jahren aufgrund der geringen Wettbewerbsfähigkeit und fehlender Innovation. Thailand konnte im Bereich der Massenproduktion mit Niedriglohnländern nicht mehr mithalten und gleichzeitig war es nicht innovativ genug, um mit Industrieländern in Hochtechnologie-Branchen zu konkurrieren. Ökonomen sprechen in diesem Fall von der Mittleren Einkommensfalle («middle income trap»). Um dieser Falle zu entweichen, hat die Regierung das Programm «Thailand 4.0» lanciert. Dieses wirtschaftliche Entwicklungsmodell zielt darauf ab, das Land von einer Produktions- zu einer innovationsgetriebenen Wirtschaft zu transformieren, unter anderem durch:

- den Fokus auf Schlüsselindustrien, insbesondere Robotik, Luftfahrt, Bio- und Medizintechnik,
- digitale Transformation mit dem Aufbau einer digitalen Wirtschaft und Investitionen in die digitale Infrastruktur und
- eine Reform des Bildungssystems.

Investitionen in die Infrastruktur

In den letzten zehn Jahren hat sich die thailändische Wirtschaft dadurch stark verändert. Ein paar mit der Strategie zusammenhängende Entwicklungen werden hier beleuchtet.

Die neue **Sonderwirtschaftszone** «Eastern Economic Corridor» (EEC) konnte durch den Ausbau von Schienennetzen, See- und Flughäfen und gezielten Anreizen, wie Steuererleichterungen oder attraktive Arbeits-Visa, beträchtliches privates Kapital anziehen und übertraf das anvisierte Investitionsvolumen.

Der Fokus auf die **Digitalisierung** verhalf dem E-Commerce-Geschäft zu einem exponentiellen

Wachstum und die ausgereifte Zahlungsinfrastruktur bedeutet eine Erleichterung für Gewerbe und KMUs. So bezahlt man für das Curry über Mittag oder die Mango am Strassenrand schnell und bequem mit dem Mobiltelefon.

Gleichzeitig wurde das **Gesundheitssystem** gestärkt. Patienten in entlegenen Gebieten profitieren von einem effizienten Datenaustausch dank elektronischer Patientenakten und nutzen Online-Erstkonsultationen. Durch den verbesserten Zugang, die optimierte Administration und die gesteigerte Effizienz zog auch die Qualität der hochstehenden Uni- und Privatspitäler nochmals an und Thailands führende Rolle im Medizintourismus wurde gefestigt.

Gleichzeitig kämpft Thailand zweifelsohne mit Hindernissen. So kann die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften noch nicht gestillt werden, da das Bildungssystem der Wirtschaftsentwicklung hinterherhinkt. Bangkok und der EEC, die überproportional vom Wachstum profitieren, treiben die regionale Ungleichheit voran. Und die im überwältigenden Formular-Dschungel grassierende Bürokratie erschwert Reformen.

Gedankenanstösse für die Schweiz

Thailands Wirtschaftsmodell ist noch nicht da, wo es sein will, und länderspezifische Herausforderungen und Lösungsansätze sind nicht einfach vergleichbar. Dennoch können Erkenntnisse abgeleitet und Gedankenanstösse für die Schweiz skizziert werden:

- Der Staat soll die besten Voraussetzungen für private Investitionen schaffen.
- Die digitale Infrastruktur ist essenziell für eine Vielzahl von Wirtschaftszweigen und -entwicklungen.
- Die Digitalisierung im Gesundheitswesen stärkt das System und fördert Innovation
- Bildung und qualifizierte Arbeitskräfte sind unabdingbar.

Thailand hat mehr zu bieten als süsse Mangos und weisse Strände. Nämlich auch Anschauungsunterricht, wie ein Staat aus der Not eine Tugend machen kann.



Tobias Auer,
Vorstand FDP International

Ein Steuerrechner für die Individualbesteuerung

Fairness und Fortschritt statt veraltete Rollenbilder

Mit der Annahme der Individualbesteuerung und des bundesrätlichen Gegenvorschlags durch das Parlament in der Sommersession 2025 machte die Schweiz einen wichtigen Schritt hin zu mehr Gleichstellung und wirtschaftlicher Vernunft. Doch kaum war der Entscheid in den beiden Kammern gefallen, kündigten konservative Kreise bereits das Referendum an – ein Rückzugsgefecht gegen eine überfällige Reform.

Es dauerte dann doch etwas länger als erwartet, bis das Kantonsreferendum zustande kam. In fünf Kantonen sprachen sich die Parlamente gegen die Beteiligung am Referendum aus, in mehreren weiteren Kantonen wurde gar nicht erst abgestimmt. Dennoch reichten am 23. September 2025 zehn Kantone – St. Gallen, Thurgau, Schwyz, Obwalden, Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, Aargau, Nidwalden, Uri und Wallis – das Kantonsreferendum ein. Ergänzt wurde dieser Widerstand am 9. Oktober 2025 durch ein weiteres Referendum mit 65 672 Unterschriften, unterstützt von Mitgliedern der Mitte, SVP, EVP, EDU, dem Schweizer Bauernverband und der IG Familie 3plus.

Die Fakten sprechen weiterhin eine klare Sprache – sie sprechen für die Individualbesteuerung. Das oft vorgebrachte Bürokratie-Argument ist vorgeschoben: Auch das Frauenstimmrecht brachte einst vorübergehenden administrativen Aufwand mit sich, doch wer Fortschritt will, darf sich nicht von Übergangsphasen abschrecken lassen. Mittelfristig führt die Reform zu weniger Bürokratie, weil komplizierte Wechsel bei der Steuerveranlagung entfallen und moderne Automatismen greifen.

Finanziell zeigt sich ein ausgewogenes Bild: Etwa die Hälfte der Bevölkerung profitiert, bei rund 36 Prozent ändert sich nichts, und nur 14 Prozent – hauptsächlich gut verdienende Einverdienerhaushalte – verzeichnen eine moderate Einbusse. Diese Gruppe ist jedoch häufig auch in der Lage, mit ihrem Einkommen gesellschaftlich Verantwortung zu übernehmen – etwa durch Spenden oder Engagements für eine gerechtere Zukunft. Und genau das ist der Kern dieser Reform: Die Individualbesteuerung stärkt Eigenverantwortung, Leistungsgerechtigkeit und Wahlfreiheit.

Berechnung direkte Bundessteuer für Paarhaushalte

Person 1

Einkommen (CHF)

Jährliches Bruttoeinkommen (gemäss Lohnausweis Ziffer 1) auf 1'000 CHF gerundet

Alter

0-24

Person 2

Einkommen (CHF)

Jährliches Bruttoeinkommen (gemäss Lohnausweis Ziffer 1) auf 1'000 CHF gerundet

Alter

0-24

Anzahl Kinder

0 1 2 3 4 5 6

Zivilstand

Verheiratet Unverheiratet

Im Zeitalter des Fachkräftemangels sollte man sich für eine Erwerbstätigkeit entscheiden können, ohne steuerliche Nachteile in Kauf nehmen zu müssen – unabhängig vom Zivilstand oder Geschlecht. Es ist unverständlich, dass unser Steuersystem noch immer Anreize schafft, qualifizierte Arbeitskräfte vom Arbeitsmarkt fernzuhalten. Die Abschaffung der Heiratsstrafe ist deshalb nicht nur eine Frage der Fairness, sondern eine wirtschaftliche Notwendigkeit.

Die FDP.Die Liberalen Frauen setzen sich seit Jahren konsequent für dieses liberale Anliegen ein: für mehr Freiheit in der Lebensgestaltung, für eine moderne Steuerpolitik und für einen Arbeitsmarkt, der Leistung statt Lebensform belohnt. Die Individualbesteuerung ist ein überfälliger Meilenstein auf diesem Weg.



Hier geht es zum Steuerrechner, mit welchem Sie Ihre persönliche Situation berechnen können:



Bettina Balmer, Präsidentin
FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz

Bild: Jonas Lüthy, Präsident der Jungfreisinnigen Schweiz



Service Citoyen

Warum ein Zwangsdienst der Schweiz schaden würde

Die «Service-Citoyen-Initiative» verlangt von allen Bürgerinnen und Bürgern die Ableistung eines Dienstes zugunsten der Allgemeinheit und der Umwelt. Es ist gleichgültig, ob dieser Dienst militärischer Natur ist oder etwa dem Klimaschutz dient. Auf diese Weise wird der Gegenstand der staatlichen Dienstpflicht beliebig und verliert damit seinen klar umrissenen, liberal begründeten Zweck.

Die Legitimation der Dienstpflicht liegt allein in der staatlichen Sicherheitsgewährleistung

Zu oft wird übersehen, dass die eigentliche Funktion der Dienstpflicht in der Gewährleistung der Verteidigungsbereitschaft und des Zivilschutzes besteht. Aus liberaler und völkerrechtlicher Perspektive ist Sicherheit sodann auch der einzige sachlich haltbare Grund, junge Menschen zu einem Zwangsdienst zu verpflichten. Die «Service-Citoyen-Initiative» verletzt dieses Staatsverständnis nicht nur; sie untergräbt es in seinem Kern. Die Verpflichtung von Personen zu Diensten zugunsten der Allgemeinheit oder der Umwelt kollidiert daher unweigerlich mit dem Völkerrecht, namentlich mit dem Verbot der Zwangsarbeit. Denn selbst der Bundesrat vermag nicht zu garantieren, dass jederzeit hinreichend sicherheitsrelevante Milizdienste zur Verfügung stehen; in der Folge würde ein

«Die Initiative erweist sich bereits in ihrem konzeptionellen Ansatz als grundlegend fehlgeleitet.»

verpflichtender «Service citoyen» fundamentale Normen des Völkerrechts verletzen.

Freiwilligenarbeit verdient Anerkennung, nicht staatlichen Zwang

Die Initiative erweist sich bereits in ihrem konzeptionellen Ansatz als grundlegend fehlgeleitet. Indem sie das, was heute aus verdankenswerter persönlicher Überzeugung und bürgerschaftlichem Engagement geschieht, in eine staatlich verordnete Pflicht überführt, entwertet sie die Freiwilligenarbeit in ihrem innersten Wesen. Als zentrale Pfeiler einer lebendigen Zivilgesellschaft würden Freiwilligkeit und Eigenverantwortung damit ausgehöhlt und durch obrigkeitliche Lenkung ersetzt. Gerade Vereine, Feuerwehren, Jugendorganisationen und andere gemeinnützige

«Wer physisch und psychisch diensttauglich ist, soll seinen Beitrag im Rahmen des Militärdienstes leisten.»

Institutionen gründen jedoch auf dem Prinzip selbstbestimmter Verantwortung. Sie schöpfen ihre Kraft aus der intrinsischen Motivation ihrer Mitglieder, nicht aus staatlicher Verpflichtung. Der Service Citoyen entzöge diesen Strukturen nicht nur ihre Autonomie, sondern würde auch jene soziale Bindekraft unterminieren, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt sicherstellt. Statt die Zivilgesellschaft zu stärken, droht die Initiative, deren moralisches Fundament zu schwächen und damit das Gegenteil dessen zu bewirken, was sie vorgibt, zu fördern.

Der Service Citoyen als volkswirtschaftliches Eigentor

Eine volkswirtschaftliche Zweckmässigkeit eines Dienstes, wie ihn das «Service Citoyen»-Konzept vorsieht, ist kaum gegeben. Es erscheint widersinnig, der Wirtschaft qualifiziertes Personal zu entziehen, um es für Aufgaben einzusetzen, für die es weniger geeignet ist und die ausserhalb seiner beruflichen Kompetenzen liegen. Ein solcher Eingriff droht, Effizienzverluste herbeizuführen, die aus liberaler Optik nur dann gerechtfertigt wären, wenn dadurch die Sicherheit der Schweiz gewährleistet würde. Im vorgesehenen Umfang der Initiative droht hingegen ein System, das weder der Allgemeinheit noch der Wirtschaft dienlich ist.

In der Folge ist die Feststellung wohl zutreffend, dass auch der bestehende Zivildienst, obgleich im Unterschied zum Service Citoyen als Ersatzdienst konzipiert, vergleichbare Tendenzen erkennen lässt: Er ersetzt zunehmend reguläre Tieflohnarbeitskräfte, verschärft durch falsche Ressourcenallokation den Fachkräftemangel und verzerrt den Arbeitsmarkt. Unabhängig von der Volksabstimmung über den Service Citoyen muss gefordert werden: Wer physisch und psychisch diensttauglich ist, soll seinen Beitrag im Rahmen des Militärdienstes leisten. Ist die Taug-

lichkeit für den Dienst an der Waffe aus physischen, psychologischen oder ethischen Gründen nicht gegeben, so soll der Dienst im Zivildienst geleistet werden. Ist auch dieser Dienst nicht möglich, ist eine Ersatzabgabe zu entrichten. Langfristig erweist sich der Zivildienst als kontraproduktiv und gehört abgeschafft.

Die Wehrpflicht für alle ist überfällig

Positiv zu würdigen ist, dass die Initiative die längst überfällige Debatte um die Geschlechterfrage im Militärdienst neu belebt. Schweizer Männer sind per Verfassung und Gesetz zum Militärdienst verpflichtet, Frauen steht dieser Dienst lediglich offen. Dies ist wahrlich ein anachronistisches Relikt staatlicher Ungleichbehandlung. Wer Gleichstellung ernst nimmt, muss auch diese Ungleichheit beseitigen. Die Einführung einer geschlechterunabhängigen Sicherheitsdienstpflicht wäre überfällig, wobei sich die Anzahl der jährlich zu rekrutierenden Personen am tatsächlichen Bedarf der Organisationen auszurichten hat; nicht rekrutierte Personen wären entsprechend ersatzpflichtig.

Unser Dienstmodell verlangt eine grundsätzliche, sicherheitspolitisch begründete Reform

Freilich ist die Zukunft des Schweizer Dienstmodells mit der «Dienstpflicht für alle» noch keineswegs zu Ende gedacht, da die Corona-Pandemie wie auch verschiedene Naturereignisse jüngst die Verletzlichkeit der Schweiz in aller Deutlichkeit vor Augen geführt haben. Neben der Armee, die dringend besser ausgerüstet werden muss, und dem Zivildienst, der abgeschafft gehört, bleibt noch der Zivildienst, der in der aktuellen Debatte zu oft vergessen wird. Dabei

zeigt ein Blick auf die Dynamik moderner Konflikte und hybrider Bedrohungslagen mit Nachdruck, welche zentrale Rolle dem Zivildienst im Verbund der Sicherheitsarchitektur zukommt. Gleichwohl ist der Schweizer Zivildienst in seiner heutigen Gestalt nur unzureichend auf solche Herausforderungen vorbereitet. Neben strukturellen Mängeln in der Alimentierung und der ungenügenden Ausstattung mit finanziellen wie materiellen Mitteln ist auch seine grundlegende Zweckbestimmung in Schieflage geraten. Allzu häufig tritt der Zivildienst als Hilfsorgan bei Sportanlässen oder sogenannten Diensten zugunsten der Gemeinschaft in Erscheinung, anstatt die ihm wesensgemässe Aufgabe einer robusten, krisenfesten Einsatzorganisation wahrzunehmen. Dieser Zustand bedarf der Korrektur. Der Zivildienst ist seiner eigentlichen Bestimmung zuzuführen und zu einer schlagkräftigen, strategisch eingebetteten Organisation weiterzuentwickeln, welche die zivile Resilienz des Landes im Ernstfall wirksam zu sichern vermag.

Nein zum Service Citoyen

Letztlich zeigt sich auf mannigfache Weise: Zwar mag die «Service-Citoyen-Initiative» den Gedanken von Engagement und gesellschaftlicher Verantwortung ins öffentliche Bewusstsein rücken, doch verkennt sie in gravierender Weise die liberalen, völkerrechtlichen und volkswirtschaftlichen Rahmenvorgaben, die einem staatlich verordneten Dienst zugrunde liegen sollten. Die «Service-Citoyen-Initiative» ist deshalb abzulehnen.

Jonas Lüthy,
Präsident der Jungfreisinnigen Schweiz



Bild: Corinne Glanzmann, VBS/DDPS

Bild: v.l.: Christoph Marty, CEO der Goldbach Group., Nik Eugster, Vorstandsmitglied FDP Urban und Fraktionspräsident der FDP im Berner Stadtrat, Jürg Bachmann, Präsident Kommunikation Schweiz (KS/CS), Natasha Pittet, Gemeinderätin der Stadt Biel/Bienne. Foto: Nik Eugster



FDP Urban diskutiert Werbeverbote

Arbeitsplätze schützen

Über die FDP Urban:

Es braucht auch in den Städten nicht immer mehr Staat; nicht alles muss reglementiert, kontrolliert und staatlich angeleitet sein. Vielmehr braucht es private Initiative, unternehmerisches Handeln, Freiräume für den Einzelnen, die Familien, die Unternehmen, in Gesellschaft, Kultur und Bildung. Damit schaffen wir lebenswerte und leistungsfähige Städte. Alle Städte stehen vor ähnlichen Herausforderungen – und in allen Städten gilt es, der rot-grünen Dominanz entgegenzutreten und Wähleranteile dazuzugewinnen. Um diese Herausforderungen gemeinsam optimal meistern zu können, haben die FDP-Stadtparteien der acht grössten Städte der Schweiz am 8. März 2018 FDP Urban gegründet. FDP Urban zeigt auf, wie liberale Stadtpolitik der Zukunft aussieht und wie die Themen «Mobilität der Zukunft», «Urbanes Wohnen», «Kreativ-Produktive Stadt» und «Smart City & Smart Governance» erfolgreich entwickelt werden können.

Links:

Web: <https://www.fdp-urban.ch/>

X: https://x.com/fdp_urban

Instagram: https://www.instagram.com/fdp_urban/

Facebook: <https://www.facebook.com/fdpurban>

Während in Schweizer Städten Werbeverbote politisch heiss diskutiert werden, nutzte das FDP-Urban-Forum den Moment für einen fundierten Austausch zum Thema. In der Plakathalle von Goldbach Neo in Bern debattierten prominente Gäste über die Zukunft von Aussenwerbung und urbaner Kommunikation. Man war sich einig: Werbeverbote stellen ein grosses Risiko für lokale Wertschöpfung und Arbeitsplätze dar.

Am 10. September 2025 wurde in Zürich eine Petition gegen das vom Stadtrat vorgesehene Aussenwerbeverbot eingereicht. In Bern wiederum wurde vor einem Jahr ein Werbeverbot auf Plakatflächen gefordert – doch der Berner Stadtrat hat im September im Rahmen der Budgetdebatte entschieden, nicht auf die Konzessionsgelder für Plakatstandorte zu verzichten. Diese aktuellen Entwicklungen bildeten den brisanten Kontext des FDP-Urban-Forums 2025, welches dieses Jahr in Bern stattfand.

Aussenwerbung immer mehr unter Druck

Insbesondere in den Städten ist die Aussenwerbung immer mehr unter Druck. Dahinter stecken jedoch viele Arbeitsstellen und Konzessionsgelder, die den Städten zugutekommen. Und es ist Wertschöpfung im eigenen Land. Die Gäste des FDP-Urban-Forums

waren sich einig: Werbegelder, die nicht hier ausgegeben werden, wandern vor allem in elektronische Kanäle ab, also ins Ausland. Ein Verbot wäre ein Angriff auf die Vielfalt, die Teilhabe und das Lokale. Wer Plakate aus der Stadt verbannt, schafft keinen Raum – sondern eine Lücke.

FDP Urban nimmt sich des Themas an

An der Veranstaltung diskutierte Nik Eugster, Fraktionspräsident der FDP im Berner Stadtrat, mit hochkarätigen Gästen: Christoph Marty, CEO der Goldbach Group, Jürg Bachmann, Präsident Kommunikation Schweiz (KS/CS), sowie Natasha Pittet, Gemeinderätin der Stadt Biel/Bienne. Sie beleuchteten Chancen und Risiken von Werbeschränkungen in urbanen Räumen und die Bedeutung von Aussenwerbung für Wirtschaft, Kultur und Politik.

FDP Urban, die Plattform der Stadtsektionen der FDP Schweiz, will mit solchen Veranstaltungen eine faktenbasierte Debatte zu urbanen Themen fördern und Entscheidungsträgerinnen und -träger aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zusammenbringen.



**Nik Eugster, Vorstandsmitglied FDP Urban,
Fraktionspräsident und Stadtrat Stadt Bern**

Bild: v.l.: Daniel Seiler (Alt-Präsident), Raphael Rutschi (Vorstandsmitglied), Konstanze Zingg (Vorstandsmitglied), Simone Richner (Präsidentin), Rolf Rüdissler (Staatsanwalt), Michael Ostertag (Kassier), Frank Stählin (Vorstandsmitglied), Renja Heinzmann (Vorstandsmitglied) und Markus Brunner (Vorstandsmitglied). Foto: Simone Richner



Bei Anruf Betrug

Einblicke in die Welt des modernen Telefonbetrugs

Am 10. September 2025 durfte die FDP Service Public im Hotel Schweizerhof Bern einen eindrücklichen Vortrag von Staatsanwalt Rolf Rüdissler von der Abteilung Wirtschaftsdelikte der Staatsanwaltschaft Bern verfolgen. Vor zahlreichen interessierten Mitgliedern und Gästen gewährte er einen tiefen Einblick in die perfide Welt des Telefonbetrugs – von den klassischen Enkeltrick-Maschen bis hin zu modernen Varianten, bei denen sich Kriminelle als Polizisten, Bankangestellte oder Sicherheitsdienste ausgeben.

Die geschilderten Fälle waren erschütternd: Menschen, häufig älter und alleinstehend, werden gezielt emotional unter Druck gesetzt. Innerhalb weniger Minuten gelingt es den Tätern, Vertrauen zu erschleichen – und in der Folge hohe Geldbeträge zu erbeuten. Ein Originalmitschnitt eines Täuschungsgesprächs zeigte eindrücklich: Telefonbetrüger kennen keine Skrupel.

Von Polen bis Bern – das organisierte Geschäft mit der Angst

Die Täter agieren professionell und international vernetzt. Callcenter in Osteuropa koordinieren täglich Dutzende Anrufe, häufig unter Verwendung gefälschter Schweizer Telefonnummern («Spoofing»). Die Betrugsmasken tragen harmlos klingende Bezeichnungen – «falscher Polizist», «Schockanruf» oder «korrupter Bankmitarbeiter» –, doch der Schaden ist enorm: Allein 2024 entstand in der Schweiz ein Gesamtschaden von über 8 Millionen Franken. Die Dunkelziffer dürfte erheblich höher sein, da viele Betroffene aus Scham keine Anzeige erstatten.

Das Vorgehen ist systematisch. Die Betrüger wählen gezielt alt klingende Namen wie Rosmarie,

Margrit, Hedwig, Heidi oder Elisabeth aus dem Telefonbuch. Rüdissler schilderte, wie Ermittler aus Bern, Zürich, München und Warschau im Rahmen internationaler Aktionen ganze Callcenter zerschlagen konnten. Allein 2024 wurden über 20 Personen verhaftet, wodurch Betrugsversuche im Umfang von 4,6 Millionen Franken verhindert wurden. Doch er warnte: «Es ist nur eine Frage der Zeit, bis sich diese Strukturen neu formieren.»

Psychologie der Täuschung

Besonders eindrücklich war Rüdisslers Analyse, warum Menschen überhaupt auf solche Masken hereinfallen. Nicht Dummheit, sondern die Macht der Situation sei entscheidend: Einsamkeit, Pflichtgefühl, moralischer Druck und die Autorität vermeintlicher Amtspersonen führen dazu, dass Betroffene rationales Denken zeitweise ausblenden. «Niemand glaubt, Opfer eines Telefonbetrugs zu werden – bis es passiert.»

Künstliche Intelligenz als neue Bedrohung

Im Ausblick zeigte sich, dass die Täter zunehmend technologische Mittel einsetzen. Dank künstlicher Intelligenz können sie künftig täuschend echte



Mitgestalten statt zuschauen

Werden Sie Mitglied der FDP Service Public und helfen Sie mit, den Staat von morgen zu gestalten. Gemeinsam schaffen wir einen Service Public, der liefert.

Stimmen imitieren oder realistisch wirkende Videos angeblicher Angehöriger erstellen. Rüdissler warnte: «Künstliche Intelligenz wird die Täuschung perfektionieren.»

Damit stehe die Strafverfolgung vor neuen Herausforderungen – rechtlich, technisch und ethisch.

Prävention bleibt der Schlüssel

Zum Schluss appellierte Rüdissler an die Verantwortung jedes Einzelnen: Telefonnummern aus dem öffentlichen Telefonverzeichnis entfernen oder Vornamen auf Initialen kürzen, verdächtige Anrufe sofort der Polizei melden, niemals Bargeld oder Wertsachen an Unbekannte übergeben, keinen Fremden Zugriff auf den Computer gewähren – und vor allem: sofort auflegen, wenn ein Anruf missverständlich macht. Ebenso wichtig sei das Gespräch innerhalb der Familie, insbesondere mit älteren Angehörigen. Und wer trotz allem Opfer wird, solle unbedingt Anzeige erstatten – falsche Scham hilft nur den Tätern.

Der Abend machte eindrücklich klar, dass die Abwehr solcher Delikte nicht allein Aufgabe der Justiz ist, sondern eine gemeinsame Verantwortung von Gesellschaft, Banken und Behörden. Ein hochaktueller, eindringlicher Vortrag – und ein Weckruf, dass Sicherheit heute mit Achtsamkeit beginnt.



Simone Richner,
Präsidentin FDP Service Public

Bild: Symbolbild mithilfe von KI erstellt



Tourismus in der Schweiz

Herausforderungen und Lösungen unserer Ortsparteien

Oberengadin

Tourismus im Oberengadin – wirtschaftliche, politische und soziale Herausforderungen:

Das Oberengadin ist eine der wirtschaftlich leistungsfähigsten Regionen der Alpen mit der höchsten Wertschöpfung im Kanton Graubünden. Der wichtigste Wirtschaftszweig ist der Tourismus mit der Weltmarke St. Moritz.

Im Oberengadin entsteht eine touristische Wertschöpfung von rund CHF 0,92 Mia., was rund 22% der kantonalen touristischen Wertschöpfung entspricht. Die touristische Beschäftigung umfasst mehr als 11'000 Vollzeitäquivalente, dies entspricht ca. 74% Vollzeitäquivalenten. Von diesen sind mehr als 5100 bei touristischen Leistungsträgern tätig. Die übrigen Branchen stehen direkt oder indirekt mit dem Tourismus in Verbindung. So sind z.B. in der Bauwirtschaft rund 1100, also 65% Vollzeitäquivalente vom Tourismus abhängig. Das soziale und wirtschaftliche Ökosystem bringt für die Bevölkerung grosse Herausforderungen. Infrastrukturen, aber auch Dienstleistungen müssen in Bezug auf Qualität und Kapazität auf die maximale Auslastung ausgerichtet sein. Gleichzeitig müssen Gemeinden nicht nur die klassischen Aufgaben abdecken, sondern auch wichtige touristische, wirtschaftliche Aufgaben. Darunter fallen u.a. die Wirtschafts- und insbesondere Tourismusförderung, die Vermarktung durch Tourismus-Organisationen, touristisch relevante Infrastrukturen, Event- und Kulturförderung mit touristischem Potenzial und dergleichen.

In St. Moritz, der leistungstärksten Gemeinde mit Leuchtturm-Charakter, hat ein politischer Vorstoss der FDP aus dem Jahre 2015 eine Zonenplanrevision verlangt, mit einem vorgelegten strategischen Prozess, der zur Strategie

St. Moritz 2030 führte. Diese Strategie bildet heute eine solide Grundlage für die Weiterentwicklung von St. Moritz, mit Ausstrahlung für die ganze Region. Damit wird das Entwicklungspotenzial klarer auf die wirtschaftlichen und sozialen strategischen Ziele der Gemeinde ausgerichtet. Auch führen parlamentarische Vorstösse der FDP, wie u.a. die Eigentümerstrategien und Richtlinien für den Umgang mit Gemeindeeigentum, dazu, dass unternehmerisches Denken und Handeln stärker gefördert werden. Die hohe Nachfrage nach Zweitwohnungen zieht hohe Immobilienpreise nach sich. Das Oberengadin belegt den ersten Platz in Bezug auf Ferienwohnungspreise pro Quadratmeter im gesamten Alpenraum. Das ist gut für die Wirtschaft und die Gemeindefinanzen, macht es aber schwierig, für die einheimische Bevölkerung bezahlbaren Wohnraum zu finden. Beschränkungen der Zweitwohnungen auf kommunaler und nationaler Ebene haben keinen günstigen Wohnraum zu schaffen vermocht. Im Gegenteil, durch Verknappung des Angebotes sind Zweit- und Erstwohnungspreise auch deswegen markant gestiegen. Funktionierende Instrumente sind Ausnutzungs-Boni und Ähnliches innerhalb des Baurechts, die Vergabe von günstigen Baurechten und die Schaffung von gemeindefinanzierten günstigen Mietwohnungen. Die FDP hat durch politische Vorstösse in der ganzen Region solche Initiativen ausgelöst und aktiv unterstützt.

Eine grosse Herausforderung sind auch regionale Aufgaben innerhalb der Strukturen einer Verwaltungsregion. In Graubünden wurden 2016/17 die Kreise als politische Ebene abgeschafft. In der Verwaltungsregion dominieren die Partikularinteressen der einzelnen Gemeinden. Das zeigt sich in Komplexität, Ineffizienz und nur schwer überwindbaren Hürden, um regionale Projekte umzusetzen und zu führen. Alle politischen Parteien arbeiten zusammen, um bessere Formen der Zusammenarbeit oder gar eine Fusion herbeizuführen, um die Zukunftschancen der Region zu verbessern. Und genau hier liegt die Stärke dieser wunderschönen hochalpinen Region: die grossartigen Menschen, Einheimische, Zweitheimische und Gäste, die über alle sozialen, kulturellen, politischen und geografischen Grenzen hinaus stetig im engagierten Austausch sind und nach besseren Wegen für eine erfolgreiche Zukunft suchen.



Leandro A. Testa, Präsident FDP.Die Liberalen Oberengadin-Bregaglia

Zermatt

Zwischen Matterhorn und Mietenwahnsinn – Die FDP. Die Liberalen Zermatt setzt auf liberale Lösungen statt Verbote: Zermatt lebt vom Tourismus. Jahr für Jahr strömen Millionen Gäste in unser Bergdorf am Fusse des Matterhorns, das selbst nur rund 6000 Einwohner zählt. Der Tourismus sichert viele Arbeitsplätze, nahezu jeder Bereich lebt davon.

Doch der Erfolg bringt auch Herausforderungen mit sich.

Allen voran mangelt es an Wohnraum. Viele Wohnungen dienen als Ferienwohnungen, weshalb es praktisch keinen Leerstand mehr gibt (Leerstandsquote ca. 0,4%). Dies hat zur Folge, dass Einheimische und Saisonkräfte kaum mehr eine bezahlbare Wohnung finden. In der Hochsaison geraten Verkehr, Entsorgung und Ruhezeiten an ihre Grenzen, was die Lebensqualität für die einheimische Bevölkerung spürbar mindert. Steigende Mieten und knapper Raum gefährden die Durchmischung und erschweren die Rekrutierung von Personal.

Die FDP Zermatt setzt auf eine pragmatische und liberale Politik. Statt immer mehr Vorschriften fördern wir Lösungen mit Augenmass, die auf Anreize statt Verbote setzen und das Eigentum schützen. So haben wir vergangen Sommer an der Urversammlung erfolgreich eine Verschärfung des kommunalen Erst- und Zweitwohnungsreglements verhindert. Diese Verschärfung hätte nur eine geringe Schlagkraft gegen die Wohnungsnot gehabt und wäre ein unverhältnismässiger Eingriff in das Eigentum gewesen. Die Zermatter Bevölkerung hat dies auch so gesehen und unser Antrag gefolgt. Statt solcher Eingriffe setzen wir darauf, dass lokalen

Betrieben und Leistungspartnern Anreize bei der Erbauung von Wohnraum gegeben werden. Unser Ziel ist, den Tourismus als Lebensader der Region zu erhalten, ohne Freiheit und Eigenverantwortung unnötig einzuschränken.



Lars Inderbinnen, Präsident FDP.Die Liberalen Zermatt

Wilderswil

Kontinuierlich steigende Besucherzahlen: Die FDP. Die Liberalen Wilderswil setzt sich ein für eine Balance zwischen Tourismus und Lebensqualität: Die beiden bedeutenden Bergbahnunternehmen, die Jungfraubahnen und die Schilthornbahnen, ziehen nicht nur Übernachtungsgäste an, sondern auch ganzjährig zahlreiche Tagestouristen. Der Tourismus hat eine entscheidende Bedeutung als Arbeitgeber in der Region und führt dazu, dass viele Geschäfte längere Öffnungszeiten anbieten und auch am Wochenende geöffnet sind.

Die Züge von Interlaken nach Grindelwald sind oft überfüllt, trotz eines halbstündlichen Fahrplans. Auch die Buslinien müssen ausgebaut werden, was eine zusätzliche Belastung für die Gemeinden darstellt. Zum Veranschaulichen: Dem Geschäftsbericht 2024 der Jungfraubahn zufolge gab es 1,8 Millionen Besucher beim «Besuch Erlebnis Berge» und 1 Million Besucher auf dem Jungfraujoch, die alle durch die Gemeinde Wilderswil befördert werden mussten.

Auf den Nationalstrassen kommt es häufig zu Staus, da der Verkehrsfluss durch die vielen Touristen beeinträchtigt wird. Viele Reisende können während der Fahrt nicht auf Foto- oder Videoaufnahmen verzichten, was die Situation weiter verschärft. Zusätzliche Probleme ergeben sich durch den anfallenden Müll – welcher zum Teil nicht ordnungsgemäss entsorgt wird –, das Betreten

privater Gärten und die Notwendigkeit, Toiletten aufzusuchen. Diese Herausforderungen führen dazu, dass die Akzeptanz der Bevölkerung gegenüber dem Tourismus abnimmt.

Angesichts der Umnutzung von Wohnraum in AirBnB-Wohnungen haben einige Gemeinden wie Wilderswil Massnahmen ergriffen, um den Anteil an Zweitwohnungen bei Neubauten oder Umnutzungen auf maximal 30% zu begrenzen.

Als FDP-Ortspartei haben wir das Thema aktiv aufgegriffen. Wir konnten eine Initiative der SP zur 90-tägigen AirBnB-Beschränkung in Wilderswil abwehren, da dieser Ansatz das Problem lediglich verlagern würde und die Wohnraumproblematik nicht löst. Gemeinsam mit anderen Ortsparteien planen wir für Anfang 2026 eine Veranstaltung, um die Bedenken der Bevölkerung

zu thematisieren und Vorschläge an die Gemeinde sowie die Tourismusorganisation zu unterbreiten. Es besteht dringender Handlungsbedarf, um ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Tourismus und Lebensqualität für die Bevölkerung sicherzustellen.



Lorenz Müller, Co-Präsident FDP Wilderswil

Bilder: Damien Cottier, Fraktionspräsident und Nationalrat NE



Anfang November besuchte eine Delegation der Parlamentarischen Vereinigung Schweiz–USA die US-Bundesstaaten Washington D.C. und North Carolina. Mit dabei: vier Freisinnige rund um FDP-Fraktionschef Damien Cottier.

Aussenpolitik gilt in aller Regel als Sache von Botschaftern und Regierungen. Weniger bekannt ist, dass auch Mitglieder der Parlamente Netzwerke pflegen und damit einen wichtigen Beitrag für die Aussenbeziehungen ihrer jeweiligen Länder leisten. So geschehen bei der Reise der Parlamentarischen Vereinigung Schweiz–USA, die Anfang November eine Delegation nach Washington D.C. und North Carolina führte.

In Washington traf die Schweizer Delegation – darunter die FDP-Vertreter/-in Isabelle Moret (VD), Laurent Wehrli (VD) und Simon Michel (SO) – den Speaker des Repräsentantenhauses, diverse Mitglieder des Kongresses, Think Tanks und Vertreter der US-Wirtschaft.

Diskutiert wurden unter anderem sicherheitspolitische Themen und die transatlantischen Beziehungen. Der zweite Teil der Reise führte nach North Carolina, wo die Delegation diverse Unternehmen, Universitäten und Forschungszentren besuchte. Parlamentarische Reisen verfolgen selten ein unmittelbares politisches Ziel – doch sie leisten leise, aber nachhaltige Diplomatie. Sie ergänzen die Arbeit der Exekutive und öffnen Türen, wo formelle Kanäle an ihre Grenzen stossen. Auch die diesjährige USA-Reise hat gezeigt: Diplomatie beginnt dort, wo Menschen miteinander reden.

Damien Cottier:
«Gerade in einer Zeit, in der sich die Welt neu sortiert, brauchen Demokratien enger zusammenhaltende Netzwerke. Parlamentarierinnen und Parlamentarier können dabei eine entscheidende Rolle spielen.»



Schweiz–USA:

Die Parlamentarische Vereinigung Schweiz–USA wurde Anfang der 2000er-Jahre gegründet, um den Dialog zwischen den beiden Demokratien zu fördern. Heute steht sie unter der Leitung von FDP-Fraktionschef Damien Cottier. Der freisinnige Aussenpolitiker setzt konsequent auf Dialog statt Abschottung – auch im Verhältnis zu den USA, dem wichtigsten Exportmarkt der Schweiz nach der EU.

Grafiken: Fanny Dietschi

Delegiertenversammlung vom 18. Oktober 2025

Die wichtigsten Entscheidungen und Statements

Die Delegiertenversammlung vom 18. Oktober 2025 im Berner Wankdorf-Stadion wurde mit viel Spannung erwartet und verfolgt. Nach zahlreichen Reden und Wortmeldungen entschieden die Delegierten über vier Grundsatzfragen zu den neuen Verträgen mit der Europäischen Union und wählten erstmals in der Geschichte der FDP ein Co-Präsidium. Ein gelungenes Fest der Demokratie!

Der Parteivorstand der FDP Schweiz



Susanne Vincenz-Stauffacher
Co-Parteipräsidentin



Benjamin Mühlemann
Co-Parteipräsident



Andrea Caroni
Vizepräsident



André Silberscheidt
Vizepräsident



Cyril Aellen
Vizepräsident

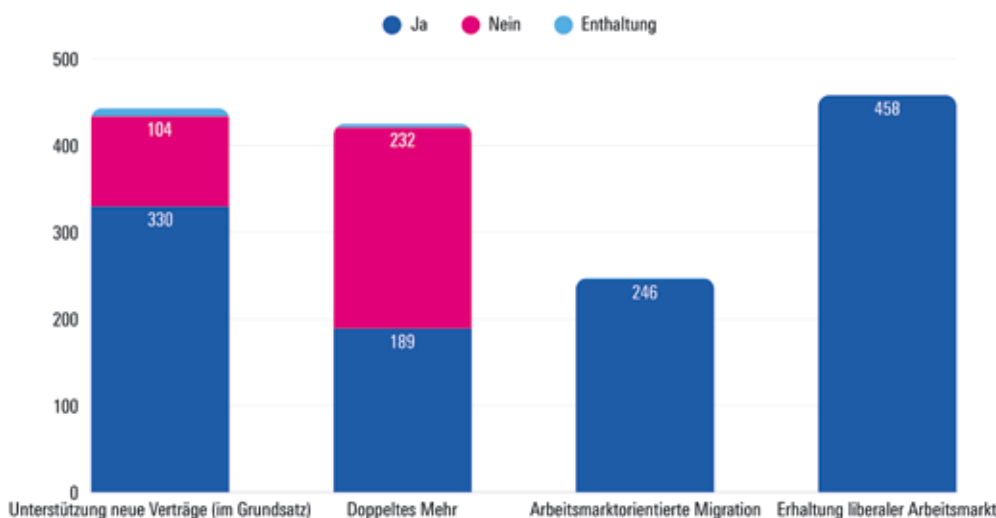


Florence Bettischart-Marbel
Vizepräsidentin



Alex Farinelli
Vizepräsident

Abstimmungsergebnisse neue bilaterale Verträge



Ein klares «Ja» zu den neuen Verträgen mit der Europäischen Union

Während es im Vorfeld zur Delegiertenversammlung intensive Diskussionen zwischen den Befürwortern und Gegnern der neuen Verträge mit der Europäischen Union (EU) gab, dominierten an der Versammlung spannende und respektvolle Panels und Wortmeldungen. Am Ende sprachen sich die Delegierten mit 330 zu 104 Stimmen und 9 Enthaltungen deutlich für die Fortführung des bilateralen Weges mit der EU aus. Zudem sollen die neuen Verträge wie in der Bundesverfassung vorgesehen nicht dem Volksmehr unterliegen. Dieser Entscheid bildet nun die Grundlage für die Vernehmlassungsantwort der Partei. Gleichzeitig entschieden die Delegierten deutlich, dass sich die FDP-Fraktion im Parlament aktiv für eine arbeitsmarktorientierte Migration, die Bekämpfung der Einwanderung in unsere Sozialsysteme und die Erhaltung des liberalen Schweizer Arbeitsmarktes einsetzen soll (siehe Grafik).

Wahl einer neuen Parteispitze

Während medial vor allem der Europaentscheid im Fokus stand, wurden an der Delegiertenversammlung weitere wichtige Entscheidungen getroffen. Zum ersten Mal in der Geschichte der FDP. Die Liberalen Schweiz wird die Partei neu von einer Doppelspitze unter der St. Galler Nationalrätin Susanne Vincenz-Stauffacher und dem Glarner Ständerat Benjamin Mühlemann angeführt. Zudem wurde der Tessiner Nationalrat Alex Farinelli einstimmig zum neuen Vizepräsidenten gewählt. Weiter ernannte das neue Co-Präsidium als erste Amtshandlung den Luzerner Ständerat Damian Müller zum Wahlkampfchef für die eidgenössischen Wahlen vom 24. Oktober 2027.

Was man nicht in den Medien lesen konnte

Eine Delegiertenversammlung wie jene vom 18. Oktober 2025 bedarf einer akribischen Planung und vieler helfender Hände. Bereits mehrere Monate im Voraus begann im Generalsekretariat der FDP Schweiz die Planung – und damit auch alle möglichen Eventualplanungen. Von der Eingangskontrolle über die Medienplätze und das Mittagessen bis hin zum reibungslosen Ablauf der Geschehnisse auf der Bühne: All dies wäre ohne den unermüdlichen Einsatz des Generalsekretariats und der freiwilligen Helferinnen und Helfer nicht möglich gewesen! Im Namen des Schweizer Freisinns: **Vielen herzlichen Dank!**



Fanny Dietschi, Verantwortliche «Freisinn»



PLR
Les Libéraux-Radicaux

PLR
Les Libéraux-Radicaux



FDP

Pour toutes celles
et ceux qui
se l'amusent à tât

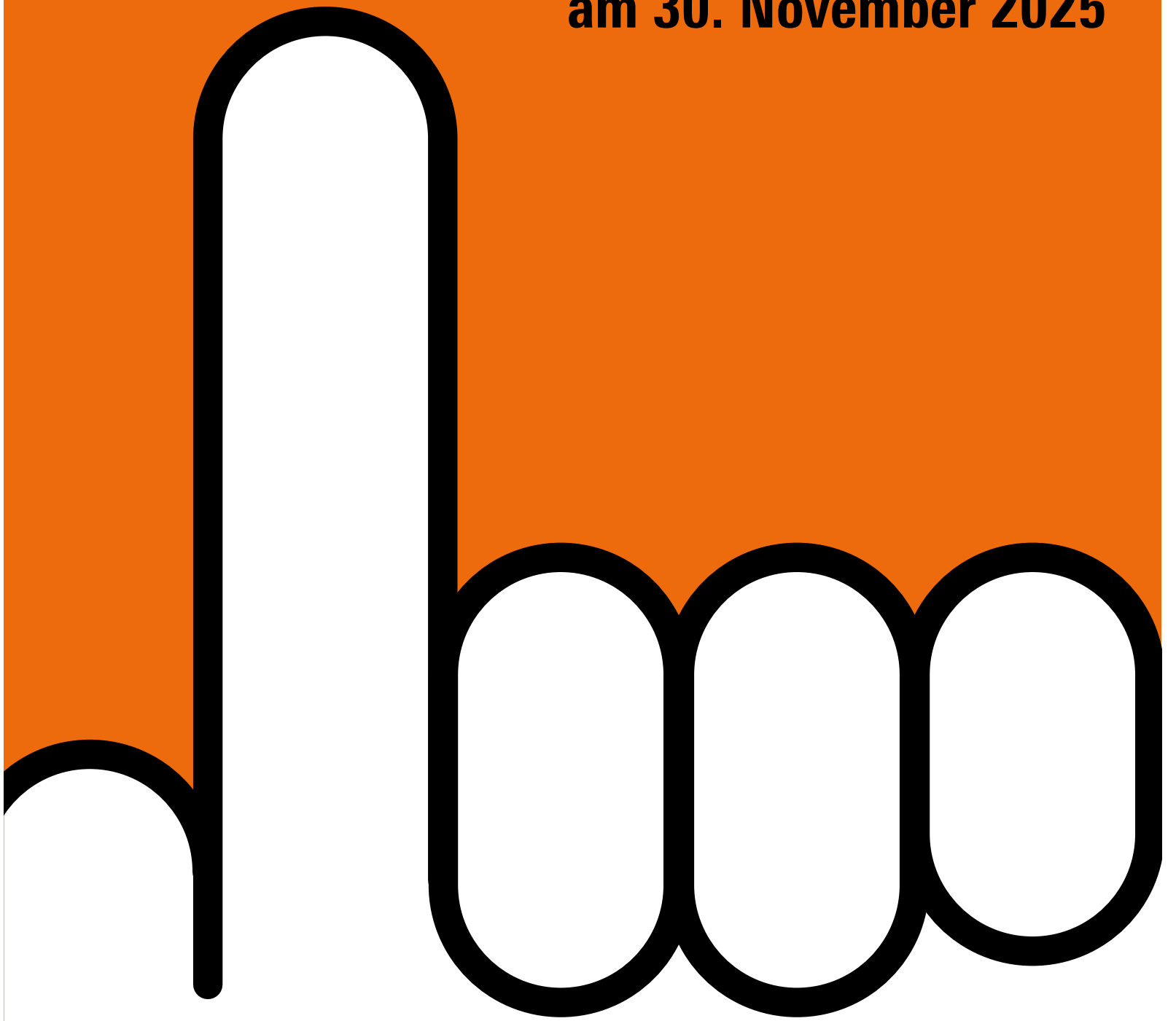
Das war die DV im Berner Wankdorf Stadion



PLD
Ils Libéraux



NEIN zu Service Citoyen
am 30. November 2025



**Ab heute:
Bürgerdienst-Zwang**

FDP-Sommeranlass mit Philipp Rösler

FDP Oberwil, BL

Die FDP Oberwil und weitere Leimentaler FDP-Sektionen (Ettingen, Therwil, Binningen-Bottmingen) blicken zurück auf einen hochspannenden und unterhaltsamen Polit-Abend mit Gast Dr. Philipp Rösler, dem ehemaligen deutschen Vizekanzler und Gesundheits- und späteren Wirtschaftsminister, sowie ehemaligen Vorsitzenden der deutschen FDP. Der Anlass fand in der gut besuchten Traföhalle Bottmingen statt (einer zur

Kulturlokalität umgenutzten ehemaligen Trafostation). Rösler referierte eloquent über die aktuelle aussen- und wirtschaftspolitische Lage und insbesondere über die Zoll-Thematik. Weitere Themen wurden in der Fragerunde mit Marc Schinzel (Landrat aus Binningen) und mir diskutiert und auch das Publikum konnte anschliessend mit Philipp Rösler in den Dialog treten. Diese Möglichkeit wurde rege genutzt.

Damit der kulturelle Aspekt nicht zu kurz kam, wurde der anschliessende Apéro mit stimmungsvoller Musik von Felix Lopez (Vizepräsident der FDP Oberwil und u. a. Singer-Songwriter) umrahmt.

Die FDP Oberwil dankt allen Beteiligten für die Unterstützung und den Gästen, speziell natürlich Special Guest Philipp Rösler, fürs Kommen. Insbesondere erfreulich war, dass

auch Mitglieder der FDP Basel-Stadt und unserer deutschen Schwesterpartei aus dem Landkreis Lörrach vorbeischauten. So entstand ein wertvoller grenzüberschreitender Austausch und daraus der Wunsch, diesen auch in Zukunft aufrechtzuerhalten.

Sebastian Binggeli, Vorstandsmitglied FDP Oberwil, Eidg. Delegierter FDP und JF Schweiz

Liberales Kraft in Kriens

FDP Liberale Seniorinnen und Senioren Kriens

Ob im Alltag, in der Politik oder bei der Pflege der Natur, in Kriens leisten liberale Kräfte seit Jahren wertvolle Arbeit, die weit über Parteigrenzen hinaus Wirkung zeigt. Unter dem Motto «Tue Gutes und sprich darüber» darf mit Stolz festgehalten werden: Die FDP, die Liberalen Kriens, die liberalen Stiftungen, die liberale Baugenossenschaft sowie die FDP Liberalen Seniorinnen und Senioren tragen aktiv zu einem lebendigen, sozialen und nachhaltigen Kriens bei.

Politisch aktiv – auch überparteilich

Die FDP Kriens und die FDP Liberalen Seniorinnen und Senioren engagieren sich nicht nur parteiintern, sondern auch überparteilich:

- Sie organisieren Wahlpodien für bevorstehende Wahlen und Abstimmungen, bei denen sachliche Information und respektvoller Austausch im Mittelpunkt stehen.
- Gemeinsam mit weiteren Kräften initiieren und begleiten sie Pro-

jekte, die allen Krienserinnen und Kriensern offenstehen, unabhängig von politischer Ausrichtung.

So trug etwa das von der FDP organisierte Podium zur Pilatus-Arena-Abstimmung **massgeblich dazu bei**, dass sich in Kriens eine **Mehrheit für das Projekt** aussprach. Ein Beispiel dafür, wie liberales Engagement konkrete Wirkung entfalten kann.

Still, aber wirksam – das liberale Wirken in Kriens

Oft geschieht das Engagement im Stillen, mit wenig Aufsehen, doch die Wirkung ist gross: Wohnraum schaffen, Natur pflegen, Menschen verbinden, politisch mitgestalten, Jugend fördern. All das tun liberale Kräfte in Kriens mit Herz, Verstand und Verantwortung.

Enrico Ercolani, Mitglied Liberale Seniorinnen und Senioren Kriens

Gastbeitrag für den «Schweizer Freisinn»

Bist du im Vorstand deiner Ortspartei und würdest du ebenfalls gerne einen Gastbeitrag für den «Schweizer Freisinn» schreiben?
Wir freuen uns, von dir zu hören!

E-Mail an dietschi@fdp.ch (Fanny Dietschi, Redaktion «Freisinn») mit folgenden Details:

– Ortspartei und Funktion – Potenzielles Thema des Gastbeitrages

Wusstest du schon?

Ausgewählte Artikel des «Schweizer Freisinns» kannst du neu auch in unserem Online-Magazin lesen!

<https://www.fdp.ch/aktuell/freisinn/digitales-freisinn-magazin>





FDP
Die Liberalen

Dieses Bild wurde mithilfe von künstlicher Intelligenz erstellt.

Verrottete Ernten, vergammelte Felder

NEIN zur Chaosinitiative!

Durch die Chaosinitiative der SVP fallen die bilateralen Verträge und somit die Personenfreizügigkeit weg. Dadurch wird es für Bauern erheblich schwieriger, Erntehelfer und Hilfskräfte zu rekrutieren. Heute packen 20'000 bis 25'000 ausländische Saisonarbeiter mit an. Sie stechen Spargel, pflücken Erdbeeren oder ernten Trauben. Sie tragen sowohl zur Landschaftspflege als auch zu bezahlbaren Ladenpreisen und zur Versorgungssicherheit mit heimischen Nahrungsmitteln bei.

chaosinitiative-nein.ch



Chaos
verhindern!